

*Hans-Martin Schönherr-Mann*

## Involution oder Diskriminierung

Versuch über Bildung als mediale Bedingung der Politik  
angesichts populistischer Bestrebungen

Bildung ist in aller Munde, vor allem in dem von Politikern, die ständig beteuern, dass in Bildung mehr investiert werden müsse, um die Zukunftschancen der Gesellschaft zu verbessern. Dabei geht es zumeist um politische Ökonomie, um internationale Konkurrenzfähigkeit und letztlich auch darum, dass der einzelne Bürger ein Auskommen hat. Umgekehrt wird aus individueller Perspektive Bildung zumeist mit sozialem Aufstieg verbunden.

Und wenn rechte Populisten in der politischen Landschaft auftauchen, dann erinnert man sich in der Politik auch wieder an die politische Bildung, die zur Demokratie befähigen soll. Dann beschwört man die Erwachsenenbildung, die diverse Akademien und Volkshochschulen anbieten: Aber wie motiviert man die Zeitgenossen daran teilzunehmen? Also denkt man wieder an die Schule, an den Sozialkundeunterricht, den man in Bayern seit Jahrzehnten stiefmütterlich behandelt. Und vielleicht vergehen auch jene Zeiten langsam, als man Soziologen mit linken Weltverbesserern gleichsetzte. Vielleicht wird man auch mal von politischer Seite Bildung nicht nur mit dem staatlichen Bildungssystem gleichsetzen und den Autodidakten nicht mehr diskriminieren – eine Kritik, die bereits Ivan Illich in den späten sechziger Jahren formulierte.

### *1. Gewalt oder Politik*

Dabei übersieht man notorisch, dass Politik auf Bildung aufruht bzw. dass beide originär zusammengehören, dass zur Politik nur gebildete Leute fähig sind. Das mag elitär klingen. Aber es ist keine Politik, wenn

eine Horde Primaten triebgesteuert auf Jagd geht, wenn Seeräuber Schiffe oder Küstenorte überfallen, Kriegsherren ihre Heere in die Schlacht von Verdun oder Stalingrad treiben, Terroristen das World-Trade-Center mit Flugzeugen angreifen oder ein US-Präsident die Armee in den Irak schickt. Politik ist auch nicht, wenn man den Nachbarn öffentlich auf der Straße oder im Netz beleidigt. Beleidigungen sind Gewalt und keine Kommunikation, haben mit Gedankenfreiheit nichts gemein.

Dort wo der Krieg aufhört, beginnt Politik; wenn die afghanische Nordallianz mit US-amerikanischer Hilfe die Taliban vertrieben hat und sich um den Wiederaufbau des afghanischen Staates bemüht. Achill, Hektor, und Odysseus betrieben jedenfalls noch keine Politik, nicht mal als letzterer nach Ithaka zurückkehrte und gewaltsam die Freier vertreibt und die Hetären henkt: Letzteres ist die massivste Form der Diskriminierung, die in der Vernichtung gipfelt.

Mögen die Pharaonen rudimentär Politik getrieben haben, wenn sie ihre Herrschaft ausübten, um eine soziale Ordnung zu stabilisieren. Zum Thema wird Politik erst, wenn nach Hannah Arendt die Polis einen vor Gewalt geschützten Raum aufbaut und nach Hegel das Bewusstsein der Freiheit in der Polis aufgeht, weil zumindest einige frei sind, eben wenn die Bürger auf dem Marktplatz oder der Volksversammlung über die Probleme ihrer Polis reden und auf diese Weise ein Bewusstsein als Beteiligte ihrer Polis entwickeln. Wenn sie dann in die Schlacht ziehen – die Athener die Flotte nach Syrakus schicken –, dann ist die Politik wieder am Ende – und Athen wird untergehen.

Das halt ironischerweise sogar noch bei Carl Schmitts Ausnahmezustand nach, der ja den Rechtszustand wiederherstellen soll und anders, als es die Nazis betrieben, nicht auf Dauer geschaltet ist. Freilich anders als er unterstellte, findet im Ausnahmezustand gerade keine Politik statt, sondern nur in rechtlich ausdifferenzierten Verhältnissen, die Hegel ja als die Bedingung des Fortschritts begreift. Dass nach Walter Benjamin wie nach Jacques Derrida am Anfang die Gewalt das Recht konstituiert, ändert daran wenig, musste allemal ein Gewaltzustand beendet werden, ob durch die rechtsetzende Gewalt im Sinn von Benjamin, der dabei perspektivisch auf die Revolution hofft; oder mit Nietzsche durch Verhandlungen zweier etwa gleich starker Mächte, die sich gegenseitig nicht besiegen konnten – man denke an die Übereinkunft zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-Rebellen im Juni 2016 in Havana. Als die Regierung von Sri Lanka die tamilischen Rebellen ver-